

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 08.11.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 21:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Frau Dr. Petra Sitte
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Torsten Bau	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	
Frau Dr. Christine Radig	Verw	

Es fehlen:

Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Vertreterin Frau Ute Haupt
Herr Norbert Böhnke	Verw	
Herr Gert Hildebrand	Verw	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Michael Rautzenberg	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.10.2011
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
Vorlage: V/2011/09930
 - 4.1.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10077
 - 4.1.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/11 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 [V/2011/09930]
Vorlage: V/2011/10209
 - 4.1.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (V/2011/09930)
Vorlage: V/2011/10254
 - 4.1.1.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)
Vorlage: V/2011/10251
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
 - 7.2. Informationsvorlage - Änderung der Satzung Schülerbeförderung Vorl.-Nr.: V/2011/09625
Vorlage: V/2011/10127
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Raab, FDP-Fraktion, zog den Änderungsantrag und den Antrag zu 4.1.1. der FDP zurück, da die Thematik in die Beschlussvorlage der Verwaltung eingearbeitet wurde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, verwies auf die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die damit unter 4.1.1 und 4.1.2. Gegenstand der Tagesordnung werden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Abstimmung der damit geänderten Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.10.2011
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
Vorlage: V/2011/09930
- 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
. Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für

die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)

Vorlage: V/2011/10251

4.1.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (V/2011/09930)

Vorlage: V/2011/10254

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
 - 7.2. Informationsvorlage - Änderung der Satzung Schülerbeförderung Vorl.-Nr.: V/2011/09625
Vorlage: V/2011/10127
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

Die **Schulleiterin der Förderschule Jägerplatz, Frau Spiegel**, verzichtete auf das Rederecht der Personal- und Schülervertretung. Dazu liegen schriftliche Anhörungen vor. Sie übergab das Wort an **Herrn Hänsel, Elternvertreter der Jägerplatzschule**. Er legte dar, dass die Elternvertretung wie die anderen beiden Gremien auch grundsätzlich gegenüber der Idee der Fusion nicht abgeneigt ist, um die Überkapazität an Förderschulplätzen abzubauen. Abgelehnt wird jedoch der vorgeschlagene Standort der Fusion in der Comeniuschule, da dieser nicht begründet ist und wird. Die Zuweisung an die Schulen erfolgt durch das Landesverwaltungsamt nach Schulnähe und Elternwunsch. Die Schulelternvertretung würde die Schaffung von Schuleinzugsbereichen begrüßen, um dadurch die Willkür der Einweisung einzudämmen. Eine Fusion aller drei „altstädtischen“ Förderschulen am Standort Pestalozzischule ist auf Grund der Kapazität nicht möglich. Auf lange Sicht werden somit zwei Förderschulen jenseits der Saale benötigt. Eine Fusion könnte sich vorgestellt werden, aber nicht die Aufgabe des Standortes Jägerplatz. Diese war als Förderschule konzipiert, und ist aus diesem Grund besonders geeignet.

Die bisherige Auslastung der Schule am Jägerplatz, ihre Zentralität in der Stadt, ihr kleiner und damit wirtschaftlicher Standort, die relativ geringen Investitionskosten sprechen für den Standorterhalt.

Sollte die Schule geschlossen werden, werden die Schüler und Lehrer den Antrag stellen, gemeinsam in die Pestalozzischule zu gehen.

2 Schülervertreter der Makarenkoschule verlasen die Stellungnahme der Schülervertretung. Sie waren der Meinung, dass diese Schule zu klein für die Schüler von zwei Schulen ist und wollten wissen, warum es eine neuen Namen geben soll. Sie sind nicht gegen eine Zusammenlegung mit der Fröbelschule. Wenn diese Zusammenlegung erfolgen soll, dann wünschen sich die Schüler dafür ein neues, modernes und ausreichend großes Schulgebäude.

Danach sprach **Herr Hoffmann, Vertreter des Personalrates der Makarenkoschule**. Er wies darauf hin, dass die Makarenkoschule die Basisförderschule Halle-West ist. Die Aberkennung des Status Basisförderschule bedarf Gründe. Weiterhin merkte er an, dass Förderschulen besonders viel Platz benötigen, auch für Unterricht außerhalb des Klassenverbandes. Dieser Platz ist bei der Zusammenlegung nicht vorhanden. In der Schule sind Entspannungsräume vorhanden, diese sind wichtig für ein gutes Schulklima. Jede der beiden Schulen hat genügend Schüler, um den Bestand zu sichern. An der Makarenkoschule lernen zurzeit 165 Schüler, sie hat ein noch unsaniertes Schulgebäude. Der Personalrat kann sich eine Fusion in einem sanierten, ausreichend großem Schulgebäude vorstellen und schlägt vor, die ehemalige Grundschule „Rosa Luxemburg“ zu sanieren. Erst sollte eine sanierte Schule zur Verfügung stehen, dann kann über Fusion gesprochen werden.

Herr Knöfel, Personalratsvertreter der Fröbelschule, stimmte den Ausführungen der Makarenkoschule vollständig zu und übergab das Wort an die **Elternvertretung**.

Frau Klose, Elternvertretung der Fröbelschule, teile mit, dass die Eltern nicht generell gegen eine Fusion sind. Sie stellte jedoch den Zeitpunkt der geplanten Fusion in Frage. Sie verwies darauf, dass die Gewaltbereitschaft der Schüler bei einer überstürzten Fusion zu groß wird und sah die Gefahr, dass dann die Bezugspersonen der Kinder in Gefahr sind. Sie übergab das Wort an die **Schülervertreter Johannes, Felix und Laura**.

Die Schüler teilten mit, sie möchten an der Schule bleiben und nicht die Lust am Lernen durch einen Umzug verlieren. Sie möchten, dass sich die Schüler im neuen Schulgebäude wohlfühlen, würden sich freuen, wenn die Vertreter des Stadtrates die Schule mal besuchen würden. Sie möchten in die Entscheidung einbezogen werden und sie würden sich freuen, wenn es eine neue Schule für alle geben könnte.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
Vorlage: V/2011/09930

2. Lesung

Zu 1.1. Neueinrichtung und Neueröffnung des Grundschule Glaucha

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass der Vorschlag zum einen aus steigenden Schülerzahlen in der Johannesschule resultiert. Zum anderen führten haushaltsrechtliche Zwänge zu Überlegungen zum wirtschaftlichen Ressourceneinsatz mit dem Ergebnis der Optimierung der Schulstruktur. Ausgangsüberlegung war ein Gleichbleiben der Zahl der Schulstandorte.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fand die Standortentscheidung Glaucha gut. Er fragte nach der graphischen Darstellung des neuen Schuleinzugsbereiches.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass diese Übersicht bei der Beantwortung der Fragen den Fraktionen übergeben wurde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies eine direkte Verknüpfung des Bedarfes nach einer neuen Schule mit einer Schließung eines anderen Standortes als inakzeptabel zurück. Insofern kann der Beschlussvorschlag zur Schließung der Grundschule „Rosa-Luxemburg“ so nicht mitgetragen werden. Er fragte nach der Ertüchtigung der Grundschule Auenschule und einer entsprechender Änderung des Schuleinzugsbereiches, um durch Änderungen der Einzugsbereiche der Grundschule Auenschule und der Grundschule „U. v. Hutten“ die Grundschule Johannesschule zu entlasten. Er bat um eine diesbezügliche Darstellung. Er fragte nach der Höhe der geplanten Sanierungskosten der künftigen Glaucha-Schule. Ebenso interessierte er sich für die Prioritätenliste und auf welcher Stelle die Schule eingeordnet ist. **Herr Lange** fragte nach der Umsetzungsmöglichkeit auf Grund der Haushaltslage.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass um die Grundschule Johannesschule zu entlasten, im vorigen Jahr der Schuleinzugsbereich geändert wurde. Die Baukosten für die Glaucha-Schule müssen erst ermittelt werden, dazu wird eine Rechtsgrundlage benötigt, dies sei dieser Beschluss. Die benötigte Finanzierung der Glauchaschule wäre in Stark III einzuordnen.

Für **Herrn Trömel, Fraktion DIE LINKE.,** war es keine Option, eine zusätzliche Grundschule aufzumachen und eine andere Grundschule zu opfern. In der Innenstadt ist Bedarf für eine neue Grundschule vorhanden, aber nicht auf Kosten einer anderen Schule in Neustadt. Er erwartete die Vorlage einer Kostenschätzung vor seiner Entscheidung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Schülerzahlen an der Grundschule „Rosa Luxemburg“ nicht mehr den Vorgaben entsprechen. Aus diesem Grund gibt es verschiedene Möglichkeiten, sowohl eine Fusion wie vorgeschlagen, was er für die wirtschaftlichere Lösung halte, als auch einen anderen Zuschnitt von Schuleinzugsbereichen. Zur Glauchaschule ergänzte er, dass es derzeit keine belastbare Schätzung der Sanierungskosten gebe.

Für **Herrn Senger, SKE,** war die Verknüpfung der Eröffnung mit der Schließung einer Schule ein falsches Signal. Er vertrat die Meinung, dass bei Bedarf die Schule eröffnet werden muss.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fand schwierig, einen solchen „Vorratsbeschluss“ ohne Kenntnis der Kosten zu fassen. Er mahnte an, dass zum Beschlusspunkt der Glauchaschule diskutiert werden sollte. Der Grundschule „Rosa Luxemburg“ ist ein extra Beschlusspunkt gewidmet.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, erinnerte an eine Frage aus dem letzten Bildungsausschuss zum Sportunterricht der künftigen Glauchaschule.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass in der Turnhalle Heinrich Perastr. zurzeit neben dem Cantorgymnasium auch die BbS III Sport treibe. Durch Umorganisation kann der für die Grundschule erforderliche Zeitanteil eingeordnet werden, ggf. wäre für die BbS ein anderes Objekt zu finden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an, für das Cantorgymnasium zu prüfen, die Turnhallen auf dem Gelände der Franckeschen Stiftungen mit zu nutzen.

Zu 1.2 Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, erklärte, dass der Zeitpunkt der Änderung der Schulbezirke mit der Neueröffnung der Grundschule Glaucha verbunden werden sollte.

Für **Herrn Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** sind die die Schulbezirke der Grundschule Johannes nicht ganz schlüssig.

Die weitere Erörterung der Schulbezirke wurde bis zur Vorlage der Karten zurückgestellt.

Zu 1.3 Grundschule „Rosa Luxemburg“ / Grundschule Kastanienallee
Zu 1.3 des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Zu 1.5 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Behandlung des Änderungsantrages seiner Fraktion.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass dieser jeweils zum passenden Beschlusspunkt nach der Verwaltungsvorlage behandelt wird.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., konnte der Schließung der Grundschule „Rosa Luxemburg“ nicht zustimmen, da das Gebäude gut für eine Grundschule geeignet sei. Dieser Standort sollte erhalten bleiben. Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, den Schulbezirk zu ändern, um eine 2-Zügigkeit gewährleisten zu können. Er schlug vor, Schülerinnen und Schüler aus dem Schulbezirk der Lilienschule und der Kastanienallee an die Luxemburgschule zu nehmen. Der Schulweg ist sicher, da die Magistrale nicht überquert werden muss, sondern die Kinder durch den Tunnel laufen können. Er bat die Verwaltung darzustellen, wie ein solcher Schulbezirk dann aussehen könnte.

Herr Senger, SKE, verwies auf die Stellungnahme des Stadtelternrates. Er fragte nach den Mantelbevölkerungszahlen in diesem Gebiet. In Sachsen-Anhalt werden die Schulentwicklungspläne mit Durchschnittswerten über 10 Jahre berechnet, er könne nicht nachvollziehen, warum die Schule geschlossen werden soll, da nur in 1-2 Jahren die Schülerzahlen nicht erreicht werden. Mit Verweis auf das Urteil, dass die Verwaltung zugestimmt habe, sei für ihn hier keine Bestandsgefährdung gegeben.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, wies auf das Rederecht von Herrn Senger als SKE hin. Dadurch könne er die Positionen des Stadtelternrates übermitteln.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass ein Bevölkerungsrückgang in Neustadt von 38 % erwartet wird. Der östliche Bereich ist von einem hochgradigen Rückgang gekennzeichnet. Die Schuleingangsbereiche könnten zwar geändert werden, jedoch immer zulasten anderer Standorte.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, erklärte, dass die Schuleinzugsbezirke geändert werden könnten, ohne zwingend den Bestand der anderen Schulbezirke der Grundschule Kastanienallee/Grundschule Lilienstraße zu gefährden. Jedoch sei bisher die Magistrale als Schulbezirksgrenze betrachtet worden, da der Tunnel als Schulweg nicht ohne weiteres auf Akzeptanz bei den Eltern stoße.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der geplanten Nachnutzung der Grundschule „Rosa Luxemburg“.

Herr Weiske, Sozialplaner, erklärte, dass die Schule im Zentrum des Einzugsbezirkes liegen sollte. Die nachgefragten Veränderungen der Einzugsbereiche würden hier z.T. zu deutlich längeren Schulwegen führen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich gegen die Schließung des Schulstandortes „Rosa Luxemburg“ Schule aus. Er fand den Vorschlag zur Erhaltung des Schulstandortes durch Änderung des Einzugsbereiches von der Grundschule Kastanienallee gut. Schulwege mit Überquerung von Straßen seien auch zulässig, da sei der Tunnel ein sicherer Weg. Die Haushaltspolitik des Landes sollte nicht entscheidend sein für kommunale Entscheidungen zu Schulstandorten.

Herr Senger, SKE, vertrat die Meinung, dass Schulschließungen das letzte Mittel sein sollten.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, war der Meinung, nicht voreilig eine sofortige Lösung herbeizuführen. Es sei zu beachten, wie sind die räumlichen und personellen Bedingungen, wie ist das pädagogische Konzept? Es sollte von den Bedingungen ausgegangen werden, die perspektivisch erreicht werden könnten unter Einbeziehung der beiden Schulen.

Für **Frau Raab, FDP-Fraktion**, war es ist legitim, über verschiedene Sachverhalte nachzudenken, mehr Gebäude heiße nicht automatisch bessere Bildung. Bei schrumpfender Stadt müssen auch Schulstrukturen angepasst werden. Dazu sollten Entscheidungen auch getroffen und nicht heraus gezögert werden, wenn sie notwendig sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass im Schuljahr 2011/12 nur 67 Schüler an der Grundschule „Rosa Luxemburg“ lernen. Die Genehmigungsfähigkeit durch das Landesverwaltungsamt würde entfallen.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, informierte über das zugeschickte Material zur Schulbezirksänderung. Für die Grundschule Kastanienallee könnte dies einen Verlust von 1-2 Klassen pro Jahrgang bedeuten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., war der Meinung, dass dadurch die Möglichkeit besteht, auch ein anderes pädagogisches Konzept durchzusetzen. STARK III ist momentan noch ein Konstrukt. Keiner könne wissen, wie es funktioniert. Es sollte sich jetzt auf die Schulen konzentriert werden, die durch Europamittel finanziert werden. Es sollten sich noch einmal alle Schuleinzugsbereiche der Grundschule Kastanienallee/Grundschule Luxemburg/Grundschule Lilienschule angeschaut werden, denn die Schule sollte erhalten bleiben.

Herr Senger, SKE, wies darauf hin, dass es bei nur noch großen Schulzentren mit vielen Schülern, dann auch größere Probleme geben könnte, z. B. Vandalismusschäden. Es wäre wichtig Schulstandorte zu schaffen, an denen sich die Schüler wohlfühlen.

Frau Raab, FDP Fraktion, entgegnete, dass es dennoch erforderlich sei, notwendige Entscheidungen auf Grund des Bevölkerungsrückganges auch zu treffen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, schloss sich der Position von **Herrn Strech** an, es sollte nicht nur um alleinige Sparvorschläge gehen, sondern um gute Lernbedingungen und Schulkonzepte.

Herr Marquardt, SKE, schloss sich dem an. Es sollte auch der Elternwunsch für diese kleine Grundschule berücksichtigt werden. Andernfalls könnte dies einen weiteren Wegzug aus Neustadt beschleunigen. Deshalb sollten auch einzügige Schulen nicht grundsätzlich in Frage stehen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass eine einzügige Schule auf Dauer bestandsgefährdet sei. Die Personalsituation bei Lehrern werde sich weiter verschlechtern. Bei kleinen Schulen können Krankheitsausfälle kaum abgedeckt werden, was die Bildungsqualität gefährde. Insofern plädierte er für die 2-Zügigkeit von Schulen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fand es auch wichtig, was **Herr Strech** gesagt hatte. Es sollte in jedem Fall im Vorfeld eine Diskussion mit den Betroffenen geben. Er fand den Änderungsantrag akzeptabel, es ginge nicht nur um die Haushaltsdiskussion, sondern um die gesamtstädtische Entwicklung.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., war der Meinung, dass eine Qualitätssicherung wichtiger ist als quantitative Einsparungen, die letztlich nicht bei den Schülern ankommen. Insofern sei das Einsparpotential, das die Vorlage ausweist ohnehin anzuzweifeln.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., begründete, dass auch für ihn der Vorschlag von der Fraktion MitBÜRGER Charme habe, jedoch löse er das Problem nicht. Ohne Standortstabilisierung durch Vergrößerung der Einzugsbereiche droht die Schließung. Ein so gutes Gebäude sollte nicht aufgegeben werden und wenn dann nur mit akzeptablem Vorschlag zur Nachnutzung.

Frau Stahs, SKE, machte darauf aufmerksam, dass die Einwohnerzahl der Stadt Halle gesunken ist, aus diesem Grund müssen auch Schulen geschlossen werden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, war der Meinung, dass die Nachsorge über Hilfe zu Erziehung teurer ist, als eine gute Schule zu betreiben.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Frage der Nachnutzung bei Klarheit über das Freiwerden des Objektes beantwortet werden könne. Da es in Neustadt es mehrere Einrichtungen gibt, wo die Entwicklung offen ist. Hier sollte bewusst keine Konkurrenzsituation geschaffen werden. Eine Nachnutzung ist prinzipiell möglich und sinnvoll.

Herr Senger, SKE, wollte nochmals die Mantelbevölkerungszahlen dieses Gebietes wissen.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erklärte, dass im Grundschulbereich durch 6 vorhandene Jahrgänge an Geburten im Einzugsgebiet geplant werden kann und somit kann die Mantelbevölkerung unberücksichtigt bleiben. Bei der Planung im Gymnasialbereich sei die unter Umständen eine sinnvolle Ausgangsgröße.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass die Betrachtung von Durchschnittswerten hier wenig hilfreich sei. Dann hätte Halle im Vergleich zu Magdeburg zu viele Schulen pro Einwohner.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, erklärte, wenn die Verwaltung über eine Veränderung der Schuleinzugsbereiche nachdenkt, dann könnte er den Antrag zurückziehen.

Erneut zu 1.2. Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johanneschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fand die Darstellung der neuen Einzugsbereiche zwar schlüssig, hinterfragte aber ob die Straßenzuordnung nicht harmonischer erfolgen könnte, damit die dargestellten „Finger“ vermieden werden könnten.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erklärte, dass das Problem dieses Schulbezirkes die begrenzte Aufnahme an der Grundschule „A. H. Francke“ ist. Aus diesem Grund sind diese „Finger“ entstanden. Alternativen gibt es hier nicht. Da die Zuschnitte regelmäßig überprüft werden, kann nach einem Jahr kontrolliert werden, um noch Veränderungen vorzuschlagen.

Zu 1.3 und 1.4 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neuerrichtung Schulstandort Universitätsring 21 (GS Weidenplan)

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion: da die Kapazität der Lessingschule erschöpft sei, wird vorgeschlagen einen neuen Schulstandort zu eröffnen und dafür den Standort am Universitätsring zu nutzen. Es soll hier eine neue Grundschule für die nördliche Innenstadt eröffnet werden. Momentan befindet sich noch die Außenstelle der Berufsbildenden Schulen V an diesem Standort. Diese Außenstelle könnte nach der Fusion der Förderschule Comenius mit der Förderschule Jägerplatz am Standort Jägerplatz in das Gebäude der jetzigen Förderschule Comenius ziehen.

Frau Stahs, SKE, erklärte, dass am Standort Universitätsring die ehemaligen Berufsbildende Schule VIII ist. Jedoch ist der Standort Rainstraße vakant. Deshalb sehe sie keine Chance den Vorschlag umzusetzen. Sie wollte wissen, wie viele Räume die Grundschule benötigen würde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, zeigte sich über den Zeitplan des Antrages verwundert. Dieser könne nicht funktionieren, da der Umbau der Räume in einem halben Jahr technisch nicht machbar sei. Gerade bei den Berufen, die am Standort Universitätsring ausgebildet werden, sinke der Bedarf auch nicht, sondern steige.

Herr Kneissl, SKE, glaubte nicht, dass dieser Vorschlag sinnvoll ist, denn dieses Gebäude wurde für eine andere Schulform konzipiert, es erfordert einen großen, kostenaufwändigen Umbauaufwand. Das Gebäude ist nicht für eine Grundschule geeignet.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verteidigte den Antrag. Es sei ein Vorschlag, der funktionieren könnte. Er bittet die Verwaltung, um einen Vorschlag, wie die Schülerzahlen sonst an der Lessinggrundschule geregelt werden können. Die Grundschule Neumarkt war übergangsweise auch in dem vorgeschlagenen Objekt untergebracht und es hat funktioniert. Er bat die Stadtverwaltung um Stellungnahme.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass es gute Schülerzahlen in dieser Berufsschule gibt. In dieser Schule gibt es viele gut ausgestattete Fachkabinette. Diese müssten bei einem Umzug alle ausgebaut und am neuen Standort eingebaut werden. Die Zeitschiene kann nicht realisiert werden. **Herr Kogge** verwies ebenso auf die geplante abgestimmte Hort- und Grundschulplanung. Hier wird der Standort Lessingschule dargestellt, für den eine Problemlösung durch die Doppelnutzung von Räumen für Schule und Hort vorgeschlagen wird.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erläuterte verschiedene Planungsüberlegungen. Er gab zu bedenken, dass wenn eine Berufsschule betroffen ist, sich die Umgestaltung immer besonders schwierig gestaltet. Es muss eine Abstimmung mit Amt 51, mit Kita- und Hortplanung erfolgen. Eine Sanierung mit Brandschutz und Hortneubau ist über STARK III an der Lessingschule geplant. **Herr Zschocke** informierte auch, dass für das kommende Schuljahr die Auflösung des Standortes Rainstraße ansteht. Die Qualität der Ausbildung der BbS ist unbedingt zu sichern.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, vertrat die Meinung, dass die Verwaltung verstanden hat, wo die Entwicklung der Grundschulen hingeht. Er war der Meinung, dass die Weidenplanschule keine gute Wahl ist und er zweifelte an der Finanzierbarkeit des Vorschlages.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, erklärte, dass es grundsätzlich wichtig ist, dass man verschiedene Überlegungen anstellt. Er war jedoch der Meinung, dass der Antrag in dieser Form nicht berücksichtigt werden kann. Er bat um schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, beantragte, diese Diskussion zu beenden und stellte einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sah in der vorliegenden Planung das Problem nicht dargestellt. Er stimmte gegen den Geschäftsordnungsantrag

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion von **Frau Dr. Bergner** nur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., sah die Vorlage noch nicht abstimmungsreif und bat um Darstellung der Verwaltung zu diesem Teilpunkt.

Zu 1.4 Sekundarschule Halle-Süd

Zu 1.4 des Änderungsantrages der Fraktion MITBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Zu 1.6 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass die Stellungnahmen aussagen, dass am „neuen“ Standort noch was passieren muss. Er wollte wissen, wie solche Maßnahmen bei der Verwaltung eingeordnet sind, was geplant ist und in welchem Zeitraum eine Realisierung erfolgen wird. Ebenso erkundigte er sich ein Schulneubau im Süden noch geplant ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass kein Neubau geplant ist. Die Schüler haben das Außengelände bemängelt. Es besteht kurzfristig jedoch keine Möglichkeit einer Änderung. Die Beigeordnetenkonferenz ist momentan dabei, die Prioritätenliste der Stadt abzustimmen. Die erste Priorität heißt Brandschutz, die zweite ist das Stadtbahnprojekt.

Herr Kneissl, SKE, bat darum, nicht zu vergessen, dass die Sekundarschule Süd die größte Sekundarschule in Halle ist, es wäre schlimm, wenn diese Schule so wenig Beachtung findet.

Herr Senger, SKE, sprach die Problematik Schülerbeförderung an, besonders die noch bestehende Sonderregelung für Schüler der Sekundarschule Süd.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass es dazu einen Antrag der CDU Fraktion gebe.

Zu 1.5 Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119
Zu 1.5 des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Zu 1.7 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte zum Brief der Gesamtschule Hutten.

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass das Problem auch in der Verwaltung so gesehen wird. Aber bis zum Freizug der Ottostraße in ca. 2 Jahren ist keine andere Lösung realistisch. Erst wenn der Standort Ottostraße nicht mehr von der Latina benötigt wird, kann sich die Raumsituation ändern.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte nach der möglichen Dauer der Sitzung.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, antwortete, dass die Sitzung maximal bis 22:00 Uhr gehen kann.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass nach der gesetzlichen Lage der Schulentwicklungsplan dem Landesverwaltungsamt noch in diesem Jahr vorgelegt werden muss. Er wies darauf hin, dass es nicht mehr viele Termine für eine weitere Sondersitzung gibt.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., war der Meinung, dass die Förderschulen im laufenden Ausschuss noch behandelt werden sollten.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schlug den 29.11.2011 für eine dritte Lesung der Schulentwicklungsplanung vor.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass der Bildungsausschuss in anderen Jahren auch schon später die Schulentwicklungsplanung beschlossen hat und bat darum, die Stadträte in Ruhe beraten zu lassen.

Zu 1.6.1/1.6.2. Förderschule Comeniuschule/Förderschule Jägerplatzschule
Zu 1.6.1/1.6.2 des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Zu 1.8.1/ 1.8.2 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat die Verwaltung um Stellungnahme zu den Zahlen, die Herr Hänsel vorgetragen hat. Er wollte wissen, ob diese Zahlen korrekt sind oder ob die Verwaltung andere Erkenntnisse hat. Er fragte nach der Kapazität der Jägerplatzschule und fragte nach, ob die Stadtverwaltung plant, die Comeniusschule „auszutrocknen“.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass in der Vorlage eine Prüfung von Einzugsbereichen dargestellt ist, aber eine diesbezügliche Festlegung von der Verwaltung als zur Steuerung ungeeignet verworfen wurde, da der Osten und der Norden nicht genug Schülerpotential hat. In der Comeniusschule ist die Aula aus Gründen des fehlenden 2. Rettungswegs gesperrt. In der Jägerplatzschule sind aktuell das 1. und das 2. OG für den Unterricht nicht nutzbar und gesperrt. Dies erfolgte im Ergebnis einer Begehung des Bauordnungsamtes unter Teilnahme des Beigeordneten Hr. Stäglin, der als neuer Verantwortlicher, diesen in der Diskussion im Stadtrat befindlichen Standort kennenlernen wollte.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, ergänzte, dass im prozentualen Verhältnis die Anzahl der Förderschüler nicht der Anzahl der Grundschüler im Einzugsbereich entspricht. Es gibt beispielsweise im möglichen Einzugsbereich der Jägerplatzschule 9 Grundschulen, jedoch weniger Förderschüler als im Bereich der Makarenkoschule, wo es deutlich weniger Grundschulen gibt. Dort gibt es einen bedeutend höheren Anteil an Förderschülern. In Neustadt sind soziale Umstände der Bevölkerungszusammensetzung ausschlaggebender für einen Förderschulbesuch als in anderen Stadtteilen. Insofern ist die Berechnung von Hr. Hänsel nicht schlüssig.

Frau Raab, FDP-Fraktion, führte aus, dass nach ihrer Kenntnis die Kosten zur Herstellung eines normgerechten Brandschutzes für die Förderschule Jägerplatz geringer sind als für andere Schulen. Sie fragte nach, ob auch für die Comeniusschule eine Sperrung aus Gründen des Brandschutzes drohe. Sie unterstrich, dass jede Entscheidung für eine Schulschließung schmerzhaft ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, nannte folgende Schülerzahlen: 2012/13 haben beide Schulen Jägerplatz und Comenius zusammen 191 Schüler (140 Schüler von Comenius und 51 Schüler von Jägerplatz) in voraussichtlich 20 Klassen. Die Comeniusschule hat 2 Treppenhäuser, die Jägerplatzschule hat nur 1 Treppenhaus. Die Anbringung des Gerüsts an der Jägerplatzschule bis Sommer 2012 ist ausschließlich als begrenzte Übergangslösung gedacht.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., äußerte sein generelles Problem bei der Diskussion. Es ginge hier um Schüler mit besonderem Förderbedarf. Beide Schulen sind grundsätzlich fusionsbereit, jedoch nur zu bestimmten Bedingungen. Da es sich um max. 200 Schüler handle, müsste eine Lösung zu finden sein, die die herrschende Verunsicherung beendet. Wie kommt die Verwaltung zu den Schülerzahlen? Dies ist nicht schlüssig. Die Begründungen sind nicht schlüssig.

Zur Fusion Makarenko-Fröbel besteht für ihn die Hauptfrage: Wie sichert man das an einem sanierten Standort und auch in welchem Zeitraum?

Herr Strech, MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, gab zu bedenken, dass es nur darum gehen könne, dass bei den bestehenden Schulen die besten Bedingungen herrschen. Das geht nur in Zusammenarbeit mit den Schulen, dann kann eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, unterstrich: irgendwann muss entschieden werden. In wie weit sind die Betroffenen transparent einbezogen, davon ist die Entscheidung abhängig.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., äußerte, wenn sich eine Mehrheit finde, die Jägerplatzschule zu schließen, sollte man sich mit der Schule zusammensetzen, um auf die Wünsche der Jägerplatzschule einzugehen. Seine Fraktion wird sich dieser Entscheidung zur Schließung aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht anschließen.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, knüpfte an **Frau Raabs** Aussage an, denn jede Entscheidung wird jemandem wehtun, aber wir müssen eine Entscheidung treffen. Es müssen alle sehen, dass auch die Stadträte eine Verantwortung für den Haushalt haben.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, hinterfragte, ob der vorgeschlagene Namen "Förderschule für Lernbehinderte" noch verändert werden könne. Das letzte Wort sei diskriminierend und stigmatisierend zu verstehen.

Herr Senger, SKE, schloss sich dem an. Förderschulen sind keine Behindertenschulen. Sie haben auch nicht die Rechte der Behinderten. Die UN Behinderten-Konvention sei hier nicht anwendbar. Er schlug vor, zur Standorterhaltung die Objekte zurückzubauen und somit die überzählige Raumkapazität zu reduzieren. Hier sollte in andere Wirtschaftsbereiche geschaut werden, die vergleichbar reagieren.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bemängelte den Schwenk der Diskussion eines Großteils dieses Ausschusses. Offenbar sei die Schließung eines Standortes bereits akzeptiert und es sei nur noch zu entscheiden welcher. Für ihn stelle sich das nicht so dar. Zweifellos sei es Sache des Rates eine Standortentscheidung zu treffen. Dann ist zu fragen: Wie könnte dieser Fusionsprozess gestaltet werden? Er halte den Jägerplatz für den attraktiveren Standort. Die komplette Kapazität (ohne Sperrung) der Jägerplatzschule sei seiner Kenntnis nach 165 Schüler – lt. Aussage der Verwaltung – , ab 2013 sollten diese Schülerzahlen am Standort Jägerplatz als Fusionsschule aufgenommen werden können. Er halte am Standort Jägerplatz fest.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, wies darauf hin, dass die Schülerzahlen rückläufig sind. Auch die Inklusion wird im Land weitergehen. Schulen sollten gerade im Förderschulbereich nicht bis zur max. Schülerzahl pro Klasse betrieben werden. 11-12 Schüler seien hier optimal. 11 Schüler pro Klasse sei in Halle der Durchschnitt.

Am Jägerplatz wäre damit die maximale Kapazität bei ca. 110 Schülern. Er verwies darauf, dass die Schüler und Lehrer lieber mit der Pestalozzischule fusionieren würden. **Herr Kogge** äußerte seine Hoffnung auf STARK III, um die notwendige Sanierung finanzieren zu können.

Herr Zschocke, Sozialplaner, sprach zu den unterschiedlichen Kapazitätsangaben: Die Größe von 15 Schülern pro Klasse sollte nicht überschritten werden. Künftige Auslastungszahlen sind Trends/ Planzahlen, die berechnet wurden. Die Wirklichkeit kann letztlich anders sein.

zu 1.6.3/1.6.4 Förderschule Makarenkoschule/Förderschule Fröbelschule

Zu 1.6.3/1.6.4 des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Zu 1.8.3 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, erklärte, dass vom Änderungsantrag von der Fraktion Die Grünen der Punkt 1.8.3. in seinen Antrag übernommen werden könne.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., vertrat die Meinung, dass diese Entscheidung erst dann getroffen werden sollte, wenn die finanziellen Mittel für das Förderzentrum oder eine Sanierung einer Schule gesichert sind. Derzeit sehe er keine Notwendigkeit für diese Fusion.

Herr Senger, SKE, konnte sich dem anschließen, da beide Schulen nicht bestandsgefährdet sind. Es ist gut, wenn die Standorte wohnortnah sind. Kurze Wege sollten erhalten bleiben. Er verwies auf andere Möglichkeiten, z.B. Rückbau, wenn die Schulen zu groß sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, stellte die Frage, was eine Förderschule in der Zukunft sein wird? Das Land plane die Zusammenführung von Förderschulen mit verschiedenen Schwerpunkten unter einem Dach. Die Errichtung eines Förderzentrums ist eine gute Sache, es muss auch eine zentrale Form des Hortes gefunden werden und es sollen Angebote der Jugendhilfe mit unter dieses gemeinsame Dach. Das ist nicht in der jetzigen Form der Schulen möglich, deshalb wäre ein Neubau günstig. Die Stadt braucht dazu das Land als starken Partner.

Zu 1.7 Außenstelle der BbS I/II am Grasnelkenweg 16

Zu 1.7 des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Zu 1.9 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erklärte, dass der Auszug bereits fast vollzogen ist.

Zu 2 Raumfaktoren als Planungsgrößen

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, sah keine Veranlassung, auf die Empfehlung des Kultusministeriums herunterzugehen. Er sehe keine Notwendigkeit der Einschränkung.

Herr Senger, SKE, informierte, dass diese Zahlen aus der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung als Empfehlung stammen und keine gesetzliche Grundlage darstellen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, begründete den Verwaltungsvorschlag damit, diese Empfehlung des Landes auf der kommunalen Ebene konkret zu verankern. Für weitere Planungen sind klare Normen hilfreich.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollte wissen, um welche örtlichen Gegebenheiten es sich handelt, wenn ein höherer Raumfaktor möglich ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, gab als Beispiel die Grundschule Auenschule an, wo weit mehr Räume vorhanden sind, als benötigt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollte weiter wissen, aus welchem Grund Raumfaktoren festgelegt werden, wenn sich dann nicht daran gehalten wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass alles, was über diese Raumfaktoren hinaus geht, freiwillig ist.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erläuterte, den Zusammenhang zwischen den Stunden gemäß Lehrplan und dem Raumbedarf einer Schule. 28 Stunden pro Unterrichtsraum pro Woche sind eine ältere Empfehlung des Kultusministeriums. Diese ist ebenso wie die Empfehlung zu Raumfaktoren Planungsgrundlage für den Bedarf an Schulen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hinterfragte nochmals den Sinn der Raumfaktoren, wenn diese nicht eingehalten werden.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erklärte, dass dieser Raumfaktor wichtig beim Neubau von Schulen ist und damit für die Beantragung von Fördermitteln. In der Realität wird der Raumfaktor in Sekundarschulen und Gymnasien oft unterschritten. In Grundschulen stehen oft mehr Räume in Nutzung als sich nach diesem Faktor rechnerisch ergeben.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, äußerte die Meinung, dass dieser Faktor eine Orientierung ist und ist für reine Unterrichtsräume in Ordnung ist. Gerade bei Ganztagschulen seine oft mehr Räume notwendig um differenzierten und differenzierenden Unterricht gemäß dem pädagogischen Konzept durchzuführen.

Herr Senger, SKE, bekräftigte diese Aussage Er regte an, dass diese Entscheidung nicht getroffen werden sollte.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, sah ebenfalls keine Notwendigkeit für diesen Beschluss. Die Zahl der Räume hängt auch von der Größe der Schule und vom Schulkonzept ab. Ohne Begründung, wie diese Werte zustande kommen, bestehe keine Notwendigkeit eines Beschlusses.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wollte wissen, warum es einen Unterschied zwischen dem Raumfaktor der Grundschule und der Sekundarstufe I gibt. Für ihn ergebe sich aus diesem Beschluss eine Möglichkeit, Einsparungen zu begründen. Dann könnte gesagt werden, dass die Schule nicht ausgelastet ist. Als Planungsvorgabe könne er dem Beschlussgedanken folgen, sofern es eine Mindestgröße wäre.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass das Ermessen auf Grund der Haushaltslage erheblich eingeschränkt wird. Es wäre positiv, wenn der Verwaltung für das Ermessen Rahmen-Richtlinien vorgelegt werden könnten, damit könne er bei Unterschreiten des Normativen einen Raumbedarf verteidigen.

Herr Senger, SKE, war irritiert, den Faktor durchzusetzen. Er hielt es für sinnvoll, den Rahmen offen zu lassen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollte keine Freiheit der Entscheidung der Stadtverwaltung. Er äußerte ebenfalls die Befürchtung, dass eine Mindestgrenzfestlegung zu Raumschließungen führen könnte.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, sprach sich dagegen aus, mit dem Raumfaktor möglichst weit nach unten zu gehen.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, schlug vor, den 2. Beschlusspunkt zu streichen. Es gibt eine Schulbaurichtlinie, die überarbeitet werden müsste. Weitere Zwänge müssten nicht geschaffen werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., schlug vor eine die Formulierung „von mindestens ...“ zu prüfen.

Herr Senger, SKE, fragte nach, was mit den Bestandsschulen, die unter diesem Wert liegen würden.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fand die Formulierung „mindestens“ gut.

Zu 3. Kenntnisnahme tangierender Planungen und Vorlagen entsprechender Beschlussvorlagen

Zu 4. Berichtspflicht über weiteren Fortgang

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der nördlichen Innenstadt und dem Paulusviertel. Er erläuterte, dass es dort in vielen Schulen, wie der Lessingschule eine Doppelnutzung Hort und Schule gibt. Das ist seiner Meinung nach die denkbar schlechteste Lösung. Die Schule und der Hort werden dabei in der Entfaltung gehindert und es gibt Probleme mit der Qualität. Er fragte an, wie die Probleme am Standort Lessingstraße mittelfristig gelöst werden soll. Herr Paulsen vertrat die Meinung, dass ein Grundschulstandort benötigt wird, denn die Doppelnutzung ist keine Dauerlösung. Er bat dazu um eine Darstellung der Verwaltung.

Herr Senger, SKE, griff die Formulierung der Namensgebung auf. Nach seiner Meinung entscheide allein die Gesamtkonferenz über den Namen der Schulen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass Gesamtkonferenz den Namen vorschlägt, jedoch der Stadtrat entscheidet letztendlich über den Namen. Bis zur Namensgebung der neuen Gesamtkonferenz, solle der vorgeschlagene Name nur eine Übergangsbezeichnung sein.

Herr Senger, SKE, bat um Umformulierung des TOP zur Namensgebung.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte Planungen für ein weiteres Gymnasium in der Innenstadt an und ob dies noch geplant sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., beantragte eine dritte Lesung. Er bat zu beachten, dass künftig vorher mit den Schulen gesprochen wird, die von Änderungen betroffen sind. Dies könne z.B. durch Nutzung des Sitzes der Verwaltung in einer Gesamtkonferenz Gebrauch gemacht werden. Auch er merkte zur Thematik Namensgebung an, dass er eine Bezeichnung „Förderschule Lernen“ besser fände. Er kündigte einen Änderungsantrag seiner Fraktion zur Thematik nördliche Innenstadt an.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, unterstützte die Aussagen von **Herrn Lange** zur vorläufigen Benennung der Schulen und schlug die Einfügung des Wortes „vorläufiger“ Name vor.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an den Beschlusstext zur Namensgebung durch den Zusatz „ bis zur Beschlussfassung durch die Gesamtkonferenz“ zu ergänzen. Ferner fragte er nach der Antwort auf die Frage zum Brandschutz an der Jägerplatzschule.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass **Herr Bielecke, Betriebsleiter EB ZGM**, heute für die Antwort bereitsteht. Er nahm den Vorschlag auf, dass künftig ein Vertreter der Stadtverwaltung in der Gesamtkonferenz bei solchen Themen teilnehmen wird.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um schriftliche Beantwortung der Frage nach dem Brandschutz zur nächsten Beratung.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., beantragte eine dritte Lesung, namens der Fraktion DIE LINKE.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schlug als Termin für die 3. Lesung den 29.11.2011 vor.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, bat, heute die unstrittigen Punkte abzustimmen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, widersprach und rief zur Abstimmung über den Vorschlag zum Termin der Sondersitzung auf. Die Vorlage sollte im Ganzen abgestimmt werden.

Termin für die 3. Lesung: 29.11.2011

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 mit den folgenden Einzelmaßnahmen fest.
 - 1.1. Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes zum 01.08.2012 sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2013 am Standort Heinrich-Pera-Straße 13 zu. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen
Grundschule Glaucha
tragen.
Der neuen Grundschule wird der im Beschluss festgelegte Schulbezirk zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.2).
 - 1.2. Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.1 der Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“ ab Schuljahr 2012/13 zu (vgl. Abschnitt I Punkt 2.1.3).
 - 1.3. Der Stadtrat stimmt einer auslaufenden Beschulung an der **Grundschule „Rosa**

- Luxemburg“** ab 01.08.2012 zu. Die auslaufende Beschulung endet mit der Schließung der Grundschule am 31.07.2014. Der Schulbezirk der Grundschule „Rosa Luxemburg“ wird der Grundschule Kastanienallee zugeordnet. (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.3).
- 1.4. Der Stadtrat stimmt zu, den Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 als dauerhaften Standort der **Sekundarschule Halle-Süd** vorzuhalten. (vgl. Abschnitt II, Punkt 2.1.1).
 - 1.5. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des **Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119** als eigenständige Einrichtung zu. Das Objekt wird ab 01.01.2012 schulorganisatorisch als Schulteil der KGS „Ulrich von Hutten“ geführt und im Produkt Gesamtschulen veranschlagt (vgl. Abschnitt 3, Punkt 2.1.1).
 - 1.6. Der Stadtrat stimmt zu
 - 1.6.1. der Aufhebung der **Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz** als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.
 - 1.6.2. der Fusion der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz ab 01.08.2012 am Standort Freimfelder Straße 88 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen **Schule Freimfelde Förderschule für Lernbehinderte Nord-Ost** tragen.
 - 1.6.3. der Aufhebung der **Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule** als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.
 - 1.6.4. der Fusion der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule ab 01.08.2012 am Standort Trakehner Str. 1 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen **Schule am Rennbahnring, Förderschule für Lernbehinderte West** tragen.
 - 1.7. Der Stadtrat bestätigt die im Schulentwicklungsplan 2010/11 - 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen (BbS) ausgewiesene Schließung des Standortes **(Außenstelle) der BbS I/II am Graselkenweg 16** (vgl. Abschnitt IV, Punkt 2.1.1).
 2. Der Stadtrat stimmt zu, dass im Rahmen weiterer Schulentwicklungsplanungen in der Stadt Halle (Saale) als Planungsgröße ein **Raumfaktor von 1,2 Unterrichtsräumen** je Klasse für die Schulform Grundschulen angewandt wird. Für alle anderen Schulformen allgemeinbildender Schulen wird als Planungsgröße ein Raumfaktor von 1,5 Unterrichtsräumen je Klasse festgelegt (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.1).
 3. Der Stadtrat nimmt die in Verbindung mit der Schulentwicklungsplanung stehenden Planvorhaben anderer Bereiche zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung dieser Maßnahmen (vgl. Abschnitt I – IV, Punkt 2.3 Tangierende Aufgabenbereiche) die entsprechenden Planungen vorzubereiten, einzuleiten und entsprechende Beschlussvorlagen dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.
 4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 über den Realisierungsstand dieser Maßnahmen zu berichten.

**zu 4.1.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10077**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die mittelfristige Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale) wird für den Planungszeitraum Schuljahr 2011/12 bis 2013/14 wie folgt fortgeschrieben:

1. Die Fröbelschule und die Makarenkoschule fusionieren zum Schuljahresbeginn 2012/2013 mit dem neuen Standort Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale).
2. Der **Stadtrat empfiehlt für die neue Schule den Namen lautet Fröbelschule.**

**zu 4.1.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/11 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 [V/2011/09930]
Vorlage: V/2011/10209**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Beschlusspunkte 1.6.1 und 1.6.2 werden gestrichen:

- ~~1.6.1. der Aufhebung der **Förderschule Comeniusschule und der Förderschule Jägerplatz** als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.~~
- ~~1.6.2. der Fusion der Förderschule Comeniusschule und der Förderschule Jägerplatz ab 01.08.2012 am Standort Freimfelder Straße 88 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen **Schule Freimfelde Förderschule für Lernbehinderte Nord-Ost** tragen.~~

Die nachfolgenden Punkte werden neu durchnummeriert.

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der
Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre
2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (V/2011/09930)
Vorlage: V/2011/10254**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird in den Punkten 1.3 und 1.6.2 geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat stellt mit Beschluss die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 mit den folgenden Einzelmaßnahmen fest.

- 1.1. Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes zum 01.08.2012 sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2013 am Standort Heinrich-Pera-Straße 13 zu. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen Grundschule Glaucha tragen.
Der neuen Grundschule wird der im Beschluss festgelegte Schulbezirk zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.2).
- 1.2. Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.1 der Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“ ab Schuljahr 2012/13 zu (vgl. Abschnitt I Punkt 2.1.3).
- 1.3. ~~Der Stadtrat stimmt einer auslaufenden Beschulung an der Grundschule „Rosa Luxemburg“ ab 01.08.2012 zu. Die auslaufende Beschulung endet mit der Schließung der Grundschule am 31.07.2014. Der Schulbezirk der Grundschule „Rosa Luxemburg“ wird der Grundschule Kastanienallee zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.3).~~
Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit den SchulleiterInnen der Grundschule Rosa Luxemburg und der Grundschule Kastanienallee bis zum 31.07.2013 einen Vorschlag zu entwickeln, wie eine mittelfristige Zusammenführung beider Schulangebote erfolgen kann. Im Ergebnis werden dem Stadtrat Vorschläge zum Standort und zum pädagogischen Konzept vorgelegt.
- 1.4. Der Stadtrat stimmt zu, den Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 als dauerhaften Standort der Sekundarschule Halle-Süd vorzuhalten (vgl. Abschnitt II, Punkt 2.1.1).
- 1.5. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119 als eigenständige Einrichtung zu. Das Objekt wird ab 01.01.2012 schulorganisatorisch als Schulteil der KGS „Ulrich von Hutten“ geführt und im Produkt Gesamtschulen veranschlagt (vgl. Abschnitt 3, Punkt 2.1.1).
- 1.6. Der Stadtrat stimmt zu

- 1.6.1. der Aufhebung der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.
- 1.6.2. ~~der Fusion der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz ab 01.08.2012 am Standort Freimfelder Straße 88 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen Schule Freimfelde Förderschule für Lernbehinderte Nord-Ost tragen.~~
Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit den SchulleiterInnen der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz bis zum 31.07.2013 einen Vorschlag zu entwickeln, wie eine Zusammenführung beider Schulangebote erfolgen kann. Im Ergebnis werden dem Stadtrat Vorschläge zum Standort und zum pädagogischen Konzept vorgelegt.
- 1.6.3. der Aufhebung der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.
- 1.6.4. der Fusion der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule ab 01.08.2012 am Standort Trakehner Str. 1 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen Schule am Rennbahnring, Förderschule für Lernbehinderte West tragen.
- 1.7. Der Stadtrat bestätigt die im Schulentwicklungsplan 2010/11 - 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen (BbS) ausgewiesene Schließung des Standortes (Außenstelle) der BbS I/II am Grasnelkenweg 16 (vgl. Abschnitt IV, Punkt 2.1.1).
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass im Rahmen weiterer Schulentwicklungsplanungen in der Stadt Halle (Saale) als Planungsgröße ein Raumfaktor von 1,2 Unterrichtsräumen je Klasse für die Schulform Grundschulen angewandt wird. Für alle anderen Schulformen allgemeinbildender Schulen wird als Planungsgröße ein Raumfaktor von 1,5 Unterrichtsräumen je Klasse festgelegt (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.1).
3. Der Stadtrat nimmt die in Verbindung mit der Schulentwicklungsplanung stehenden Planvorhaben anderer Bereiche zur Kenntnis.
 Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung dieser Maßnahmen (vgl. Abschnitt I – IV, Punkt 2.3 Tangierende Aufgabenbereiche) die entsprechenden Planungen vorzubereiten, einzuleiten und entsprechende Beschlussvorlagen dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 über den Realisierungsstand dieser Maßnahmen zu berichten.

**zu 4.1.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
 Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der
 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre
 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 (Vorlagen-Nr. V/2011/09930)
 Vorlage: V/2011/10251**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 mit den folgenden Einzelmaßnahmen fest.
 - 1.1. Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes zum 01.08.2012 sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2013 am Standort Heinrich-Pera-Straße 13 zu. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen
Grundschule Glaucha
tragen.
Der neuen Grundschule wird der im Beschluss festgelegte Schulbezirk zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.2).
 - 1.2. Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.1 der Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“ ab Schuljahr 2012/13 zu (vgl. Abschnitt I Punkt 2.1.3).
 - 1.3. **Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2012 am Standort Universitätsring 21 zu. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen
Grundschule Weidenplan
tragen.
Der neuen Grundschule wird der im Anhang festgelegte Schulbezirk zugeordnet (vgl. Anlage 1).**
 - 1.4. **Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.3 der entsprechenden Verkleinerung der Schulbezirke der Grundschulen „Neumarkt“, „Gotthold Ephraim Lessing“ und „Karl Friedrich Friesen“ ab Schuljahr 2012/13 zu.**
 - 1.5. ~~Der Stadtrat stimmt einer auslaufenden Beschulung an der Grundschule „Rosa Luxemburg“ ab 01.08.2012 zu. Die auslaufende Beschulung endet mit der Schließung der Grundschule am 31.07.2014.~~ **Zur Sicherung der Bestandsfähigkeit der Grundschule „Rosa Luxemburg“ stimmt der Stadtrat einer Änderung der Schulbezirke der Grundschulen „Rosa Luxemburg“ und „Kastanienallee“ ab dem Schuljahr 2012/13 zu. Folgende Straßen des bisherigen Schulbezirkes der GS „Kastanienallee“ werden der GS „Rosa Luxemburg“ zugeordnet:**
 - **An der Feuerwache (gerade Hausnr. 2 bis 36)**
 - **Gustav-Weidanz-Weg**
 - **Richard Horn-Straße**
 - **Gerhard-Marcks-Straße**
 - **An der Magistrale (ungerade Hausnr. 1 bis 55)**
 - **Ernst- Barlach-Ring**
 - **Am Treff**
 - **G.-Lichtenfeld-Weg**
 - **G.-Geyer-Weg**
 - 1.6. Der Stadtrat stimmt zu, den Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 als dauerhaften Standort der Sekundarschule Halle-Süd vorzuhalten (vgl. Abschnitt II, Punkt 2.1.1).

- 1.7. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119 als eigenständige Einrichtung zu. Das Objekt wird ab 01.01.2012 schulorganisatorisch als Schulteil der KGS „Ulrich von Hutten“ geführt und im Produkt Gesamtschulen veranschlagt (vgl. Abschnitt 3, Punkt 2.1.1).
- 1.8. Der Stadtrat stimmt zu
- 1.8.1. der Aufhebung der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.
- 1.8.2. der Fusion der Förderschule Comeniuschule und der Förderschule Jägerplatz ab 01.08.2012 am Standort ~~Freiimfelder Straße 88~~ **Jägerplatz 24** zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen
Schule Freiimfelde Förderschule für Lernbehinderte Nord-Ost Mitte tragen.
- 1.8.3. ~~der Aufhebung der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.~~
einer Prüfung der Aufhebung der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule als eigenständige Schulstandorte und alternativ eine Fusion am Standort Trakehner Straße 1 oder einem anderen Standort zum 31.07.2013. Bedingung für eine Fusion ist die Realisierung der Sanierung des Schulgebäudes des neuen gemeinsamen Schulstandorts.
- ~~1.6.4. der Fusion der Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule ab 01.08.2012 am Standort Trakehner Str. 1 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen
 _____ Schule am Rennbahnring, Förderschule für Lernbehinderte West~~
 tragen.
- 1.9. Der Stadtrat bestätigt die im Schulentwicklungsplan 2010/11 - 2013/14 für die Berufsbildenden Schulen (BbS) ausgewiesene Schließung des Standortes (Außenstelle) der BbS I/II am Grasnelkenweg 16 (vgl. Abschnitt IV, Punkt 2.1.1).
- 1.10. **Der Stadtrat stimmt einer Verlagerung der Außenstelle der Berufsbildenden Schulen V vom Standort Universitätsring 21 hin zum Standort Freiimfelder Straße 88 ab dem Schuljahr 2012/13 zu.**
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass im Rahmen weiterer Schulentwicklungsplanungen in der Stadt Halle (Saale) als Planungsgröße ein Raumfaktor von 1,2 Unterrichtsräumen je Klasse für die Schulform Grundschulen angewandt wird. Für alle anderen Schulformen allgemeinbildender Schulen wird als Planungsgröße ein Raumfaktor von 1,5 Unterrichtsräumen je Klasse festgelegt (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.1).
3. **Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, für die mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Jahr 2012/13 in Zusammenhang stehenden notwendigen Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen an den Schulgebäuden Heinrich-Pera-Straße 13, Universitätsring 21, Jägerplatz 24 und Freiimfelder Straße 88 dem Stadtrat zeitnah entsprechende Beschlussvorlagen zur Entscheidung vorzulegen.**
 Der Stadtrat nimmt die in Verbindung mit der Schulentwicklungsplanung stehenden **weiteren** Planvorhaben anderer Bereiche zur Kenntnis.
 Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung dieser Maßnahmen (vgl. Abschnitt I – IV, Punkt 2.3 Tangierende Aufgabenbereiche) die entsprechenden Planungen

vorzubereiten, einzuleiten und entsprechende Beschlussvorlagen dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2013/14 über den Realisierungsstand dieser Maßnahmen zu berichten.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle Vorlage: V/2011/10084

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass im Jugendhilfeausschuss das Datum auf dem Antrag von November auf April geändert wurde und die Antragstellerin dem im Stadtrat zugestimmt hat. Damit kann heute die Befassung mit dem Antrag entfallen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

bis Ende ~~November 2014~~ **Februar 2012** schriftlich zu berichten, wie die Umsetzung des Anspruches auf inklusive Pädagogik und Betreuung in Horteinrichtungen realisiert wird. In der Berichterstattung sollen Aussagen zur:

- Anzahl von Anträgen auf Kinderbetreuung (speziell Hortbetreuung)
- Anzahl der Realisierung der Anträge
- Gewährleistung der Wohnortnähe
- Gewährleistung der zusätzlichen Hortbetreuung von FörderschülerInnen während der Ferienzeiten
- Anzahl der Anträge auf Betriebserlaubnis der Träger/ Ausnahme- und Einzelfallregelungen für Einrichtungen/Träger sowie Anträge zur Herstellung von bauliche und sächliche Barrierefreiheit
- Anzahl Genehmigungen der Träger
- Hemmnisse und Schwierigkeiten bei der Ausführung

enthalten sein.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Herr Senger, SKE informierte, dass die Stadtelternratswahl stattgefunden hat. Er wurde wieder gewählt und ist weiterhin als Stadtelternrat Mitglied im Bildungsausschuss.

zu 7.1 Umsetzung Konjunkturpaket II

Auf die im Stadtrat ausgereichte Information zum Stand des Konjunkturpaketes II wurde verwiesen.

zu 7.2 Informationsvorlage - Änderung der Satzung Schülerbeförderung Vorl.-Nr.: V/2011/09625 Vorlage: V/2011/10127

Die Informationsvorlage wurde ausgereicht.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte zur Freifläche der Dürerschule und wollte wissen, wie lange der Platz noch gesperrt bleibt. Weiterhin fragte er nach, wie im nächsten Jahr der Übergang zur 5. Klasse läuft, wenn es keine Laufbahneempfehlungen mehr gibt. In einem Klassenelternabend blieben hier viele Fragen offen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Bielecke, Betriebsleiter Eigenbetrieb ZGM, antwortete zur Dürerschule, dass die abgesperrten Bereiche gesperrt bleiben werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Informationsvorlage Schülerbeförderung. Inwieweit sei der mdv hier mit einzubeziehen?

Frau Dr. Radig, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass der Mitteldeutsche Verkehrsverbund auf Grund der Zahlungsströme ein Mitspracherecht zu den Tarifen habe. Im Rahmen des Verbundes sind Haustarife, wie hier angestrebt, abzustimmen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Klausurtagung mit der HAVAG und hinterfragte, warum erst im Stadtrat darüber berichtet werden soll. Er wollte wissen, welche Kostensenkungen sich die Verwaltung vorstellt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Klausurtagung verschoben wurde. Die Verwaltung möchte für die bevorstehende Sitzung mehrere Anliegen umsetzen: z.B. die Erweiterung der Geltungsdauer, Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Er bot eine schriftliche Beantwortung an.

Herr Senger, SKE, verwies noch einmal auf die Ungleichbehandlung bei späterer Antragstellung der Schülerfahrkarte, weil in diesem Fall die Azubikarte bezahlt wird, welche auch nach 19:00 Uhr und an den Wochenenden und kleinen Ferien genutzt werden kann. Er fragte nach einer Lösung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, entgegnete, die Frage mitzunehmen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.12.11

Dr. Radig
Protokollführerin

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender